



Brüssel, den 31. März 2025
(OR. en)

7165/25

INF 34
API 20

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Entwurf des dreiundzwanzigsten Jahresberichts des Rates über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission

JAHRESBERICHT DES RATES ÜBER DEN ZUGANG ZU DOKUMENTEN (2024)

I. EINLEITUNG

Dies ist der dreiundzwanzigste Jahresbericht über die Anwendung der [Verordnung \(EG\) Nr. 1049/2001](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission. Er wurde nach Artikel 17 Absatz 1 der genannten Verordnung erstellt¹. Der Bericht beschreibt die Entwicklungen bei den Anträgen auf Zugang zu Dokumenten des Rates im Jahr 2024; zudem bietet der Bericht einen Überblick über die bei der Europäischen Bürgerbeauftragten eingegangenen Beschwerden und über die Rechtsprechung der Europäischen Gerichte in Fällen, die die Anwendung der Verordnung durch die Organe betreffen.

Die statistischen Daten, auf die sich dieser Bericht stützt, sind als [offene Daten auf der Website des Rates](#) verfügbar.

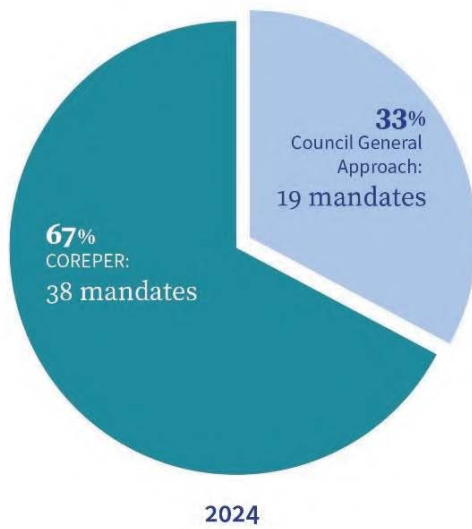
II. TRANSPARENZ DER GESETZGEBUNG

Im Jahr 2024 war im Vergleich zu den Vorjahren ein viel niedrigeres Maß an Gesetzgebungstätigkeit zu verzeichnen, was für das Ende des Gesetzgebungszyklus typisch ist. Durch die Europawahl und die anschließende Bildung eines neuen Europäischen Parlaments und einer neuen Kommission stand weniger Zeit für Verhandlungen zur Verfügung. Dies lässt sich an der Zahl der erteilten Verhandlungsmandate von 57 ablesen – das bedeutet einen Rückgang um 41 % gegenüber 2023. Infolge der Europawahl war das Europäische Parlament im Jahr 2024 bei 17 Dossiers nicht in der Lage, sein Verhandlungsmandat anzunehmen – während der Rat dies bereits konnte –, sodass die Aufnahme von Verhandlungen nicht möglich war.

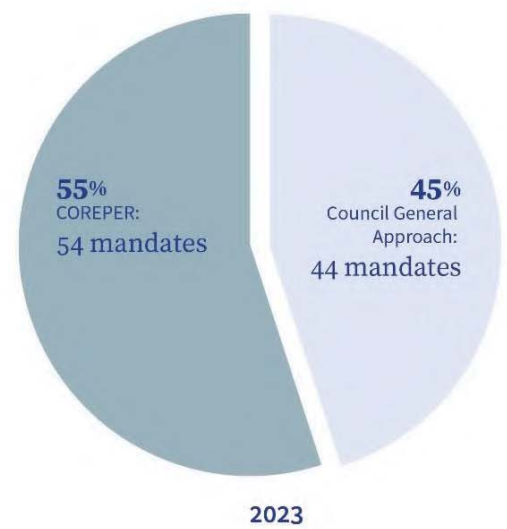
Gemäß dem [Ansatz](#) des AStV zur Stärkung der Transparenz der Gesetzgebung konnten alle Mandate des Rates öffentlich eingesehen werden. Das endgültige Verhandlungsergebnis wurde für die 23 betreffenden Dossiers veröffentlicht, und zwar sowohl nach Billigung durch den AStV als auch mit dem Schreiben mit dem Angebot an den Vorsitz des Ausschusses des Europäischen Parlaments (21) oder dem Schreiben des Vorsitzes des Ausschusses des Europäischen Parlaments im Fall von frühzeitigen Einigungen in zweiter Lesung (2).

¹ Dieser Artikel sieht Folgendes vor: „Jedes Organ legt jährlich einen Bericht über das Vorjahr vor, in dem die Zahl der Fälle aufgeführt ist, in denen das Organ den Zugang zu Dokumenten verweigert hat, sowie die Gründe für diese Verweigerungen und die Zahl der sensiblen Dokumente, die nicht in das Register aufgenommen wurden.“

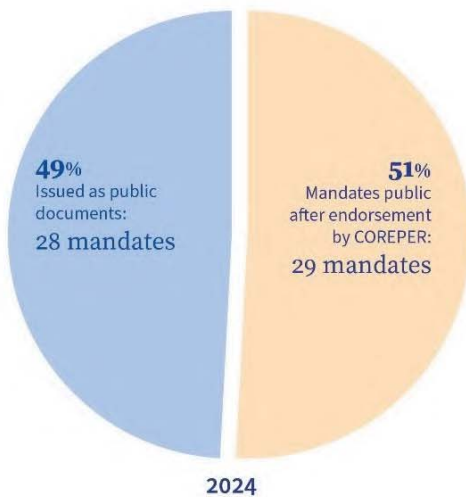
Initial Council negotiating mandates granted in 2024 for trilogues



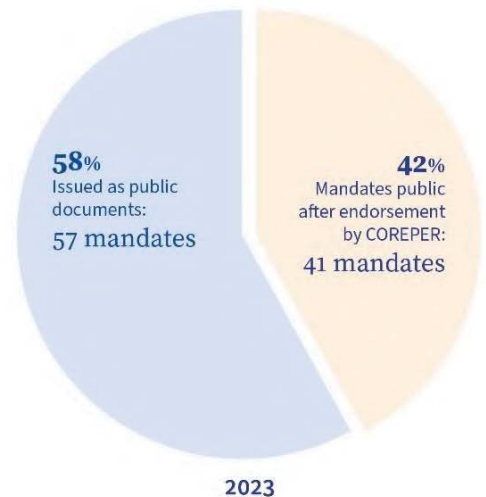
Initial Council negotiating mandates granted in 2023 for trilogues



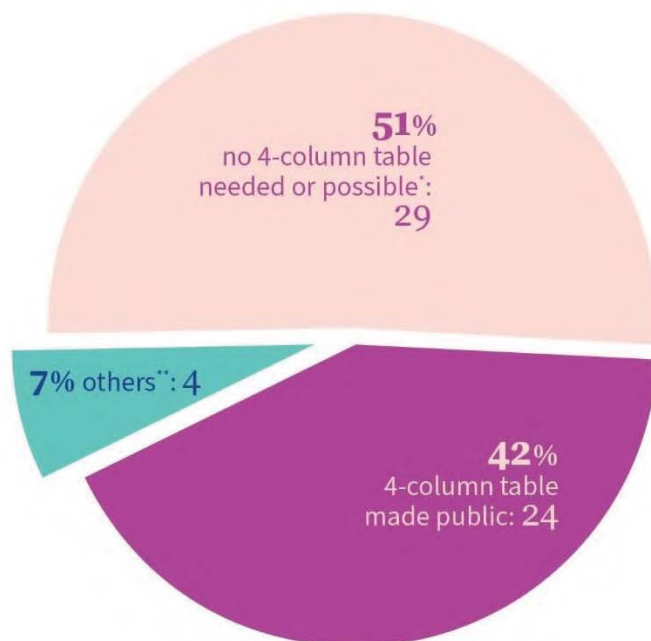
Initial Council mandates granted in 2024 for trilogues and made public



Initial Council mandates granted in 2023 for trilogues and made public



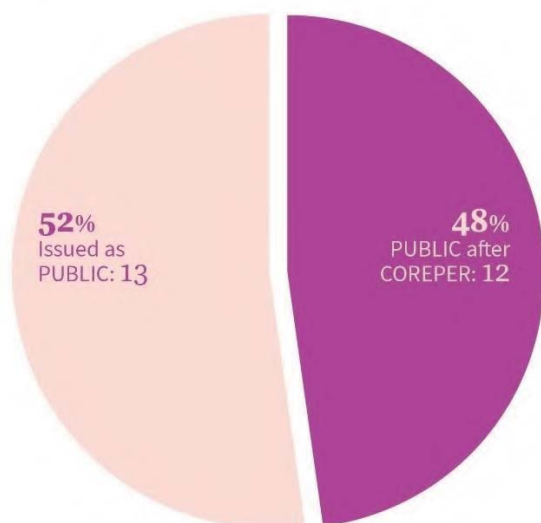
Initial 4-column tables prepared for negotiating with the Council mandates granted in 2024



* Negotiations on a legislative file cannot start before the two co-legislators have each a mandate. In 2024, as a result of the European elections, the European parliament was not in a position to adopt its negotiating mandate in 17 files for which the Council already could. As a result, the 4-column table could not yet be produced for these 17 files. In addition, negotiations do not necessarily require the production of a 4-column table. In particular, in 2024, agreement was reached without trilogues in 10 files, or with urgency in 2 files.

**In some cases, the initial 4-column table included negotiating elements in the fourth column and therefore could not have been made public at the time.

Progress reports in 2024



III. ANTRÄGE AUF ZUGANG ZU DOKUMENTEN IM JAHR 2024

1. Öffentliches Register

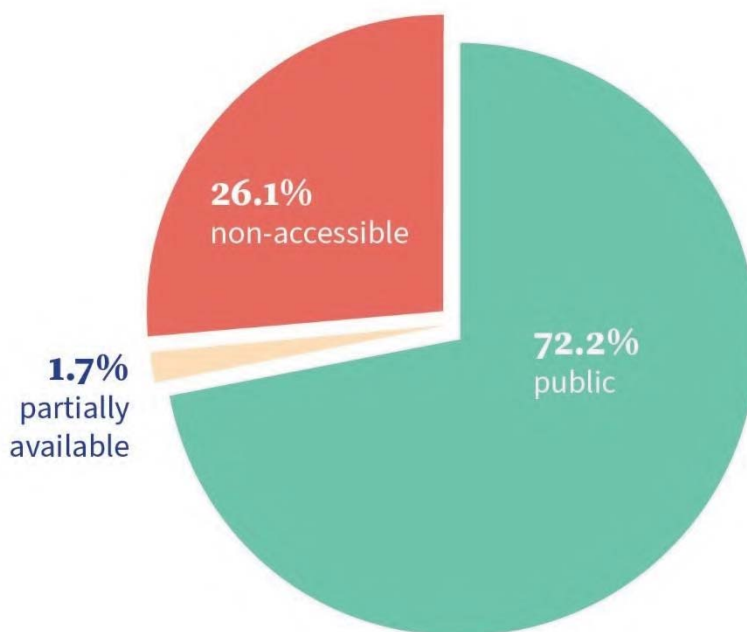
Im Jahr 2024 entfielen 2,5 % der Zugriffe auf die Website des Rates auf das Register. Es wurde nahezu 522 000 Mal konsultiert. Von den insgesamt über 348 000 Besuchern gelangten 21 % über Internet-Suchmaschinen, 74 % über einen Direktlink, 4 % über eine andere Website, 0,6 % über E-Mails und 0,4 % über soziale Medien zum Register. Fast 21 % der Besuche erfolgten aus Belgien, 7,9 % aus Deutschland, 5 % aus Kanada, 4,9 % aus Frankreich, 4,2 % aus dem Vereinigten Königreich, 3,7 % aus den Vereinigten Staaten, 3,4 % aus Italien und 3,1 % aus den Niederlanden.

Am 31. Dezember 2024 umfasste das öffentliche Register 527 057 Dokumente in Originalsprache (4 007 813 Dokumente unter Einschluss aller Sprachfassungen). Von den insgesamt im Register aufgeführten Dokumenten in Originalsprache waren 72,2 % (d. h. 380 637 Dokumente) öffentlich zugänglich und konnten heruntergeladen werden.

Seit dem 1. Januar 2025 werden WK-Dokumente (d. h. Dokumente für bestimmte Benutzergruppen, die für eines der Vorbereitungsgremien des Rates oder ein bestimmtes Thema erstellt wurden) direkt in das öffentliche Register aufgenommen; dadurch erfährt die Öffentlichkeit sofort von der Existenz dieser Dokumente, während sie in der Vergangenheit erst in später veröffentlichten Listen aufgeführt wurden. Diese Listen wurden in der Regel zweimal pro Jahr herausgegeben.

Documents available in the public register

on 31 December 2024



Im Jahr 2024 wurden 23 780 Dokumente in Originalsprache in das Register aufgenommen, von denen 67,4 % (d. h. 16 025 Dokumente) öffentlich zugänglich sind und heruntergeladen werden können. Der Rat erstellte im Jahr 2024 12 287 Dokumente, die bei der Verteilung öffentlich zugänglich waren, und 11 136 Dokumente erhielten die Kennzeichnung „LIMITE“. 777 Dokumente wurden teilweise freigegeben und in das Register aufgenommen.

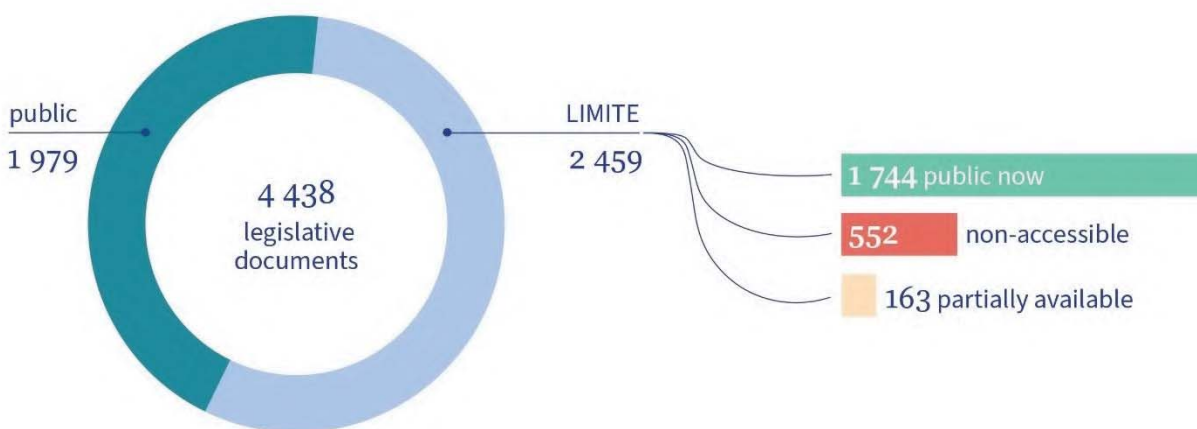
Im Jahr 2024 wurden 357 als Verschlussachen eingestufte Dokumente² ins Register aufgenommen, und der Rat erstellte 981 als Verschlussachen eingestufte Dokumente, die nicht im Register aufgeführt sind.

Legislative Dokumente

Im Berichtszeitraum wurden 4 438 legislative Dokumente³ in das Register aufgenommen, von denen 1 979 als öffentlich zugänglich eingestuft wurden. Von den verbleibenden 2 459 als „LIMITE“ eingestuften legislativen Dokumenten (auf die im Register verwiesen wird, die aber nicht direkt zugänglich sind) wurden 1 744 Dokumente auf Antrag veröffentlicht. Insgesamt 83,9 % der im Jahr 2024 in das Register aufgenommenen legislativen Dokumente sind daher für die Öffentlichkeit vollständig zugänglich.

Legislative documents issued in 2024

total of 4 438 documents



² Gemäß dem [Beschluss 2013/488/EU des Rates](#) vom 23. September 2013 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlussachen (ABl. L 274 vom 15.10.2013, S. 1).

³ Wie in Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 vorgesehen, handelt es sich bei legislativen Dokumenten um Dokumente, die im Laufe eines Gesetzgebungsverfahrens erstellt wurden und/oder eingegangen sind.

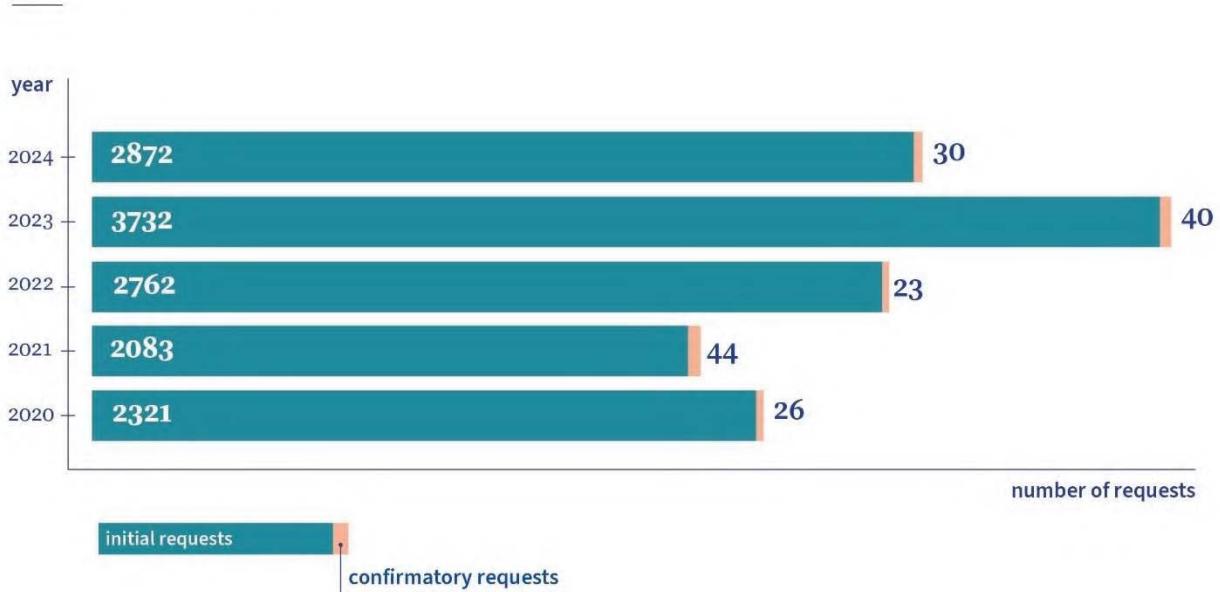
2. Anträge auf Zugang zu Dokumenten

Im Jahr 2024 gingen beim Rat 2 872 Erstanträge auf Zugang zu Dokumenten und 30 Zweitanträge⁴ ein, woraufhin 10 096 Dokumente geprüft werden mussten.

Im Jahr 2024 wurden die 2 872 Erstanträge von 1 054 Antragstellern eingereicht.

Number of requests

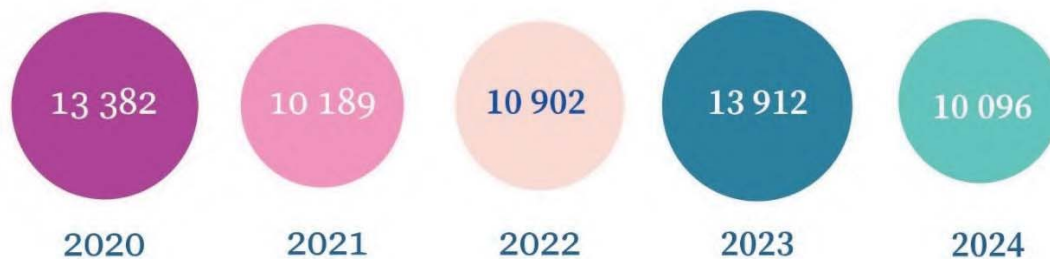
evolution from 2020 to 2024



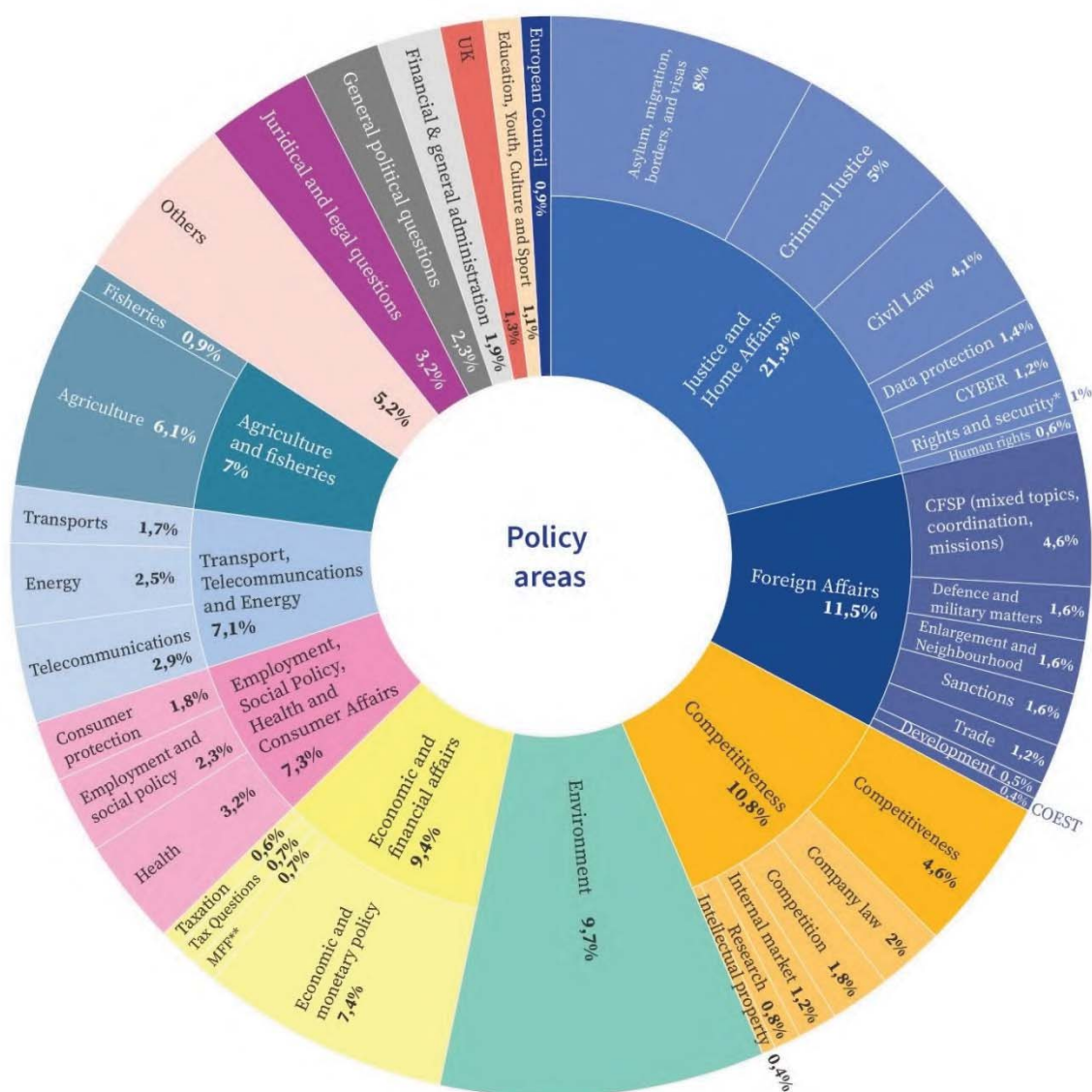
Im Jahr 2024 wurde das Generalsekretariat des Rates vom Europäischen Parlament und von der Europäischen Kommission zu 528 Dokumenten konsultiert. Was die einzelnen Antragsteller betrifft, so beantragten die fünf Antragsteller, die die meisten Dokumente beantragten, Zugang zu 1 234 Dokumenten, was 12 % der angeforderten Dokumente entspricht. Es sei darauf hingewiesen, dass die große Mehrheit der Antragsteller nur Anträge auf Zugang zu sehr wenigen Dokumenten (zwischen 1 und 10) gestellt hat.

⁴ Im Fall einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung kann der Antragsteller binnen 15 Tagen nach Eingang des Antwortschreibens des Organs einen Zweitantrag an das Organ richten und es um eine Überprüfung seines Standpunkts ersuchen.

Number of requested documents evolution from 2020 to 2024



In 2024, the policy areas of the requests were split as follows:

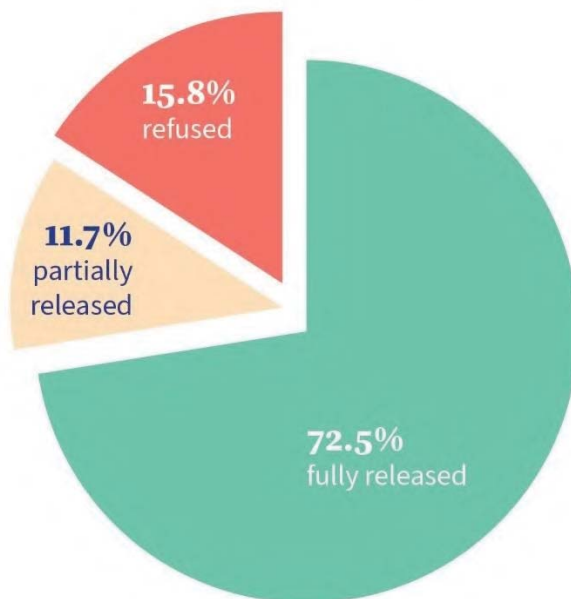


* The section 'Rights and security (1%)' is a combination of 'Fundamental Rights and Values (0.6%)' and 'Internal Security and Counter-Terrorism (0.4%)'.
 ** MFF: Multiannual Financial Framework

Nach Erstanträgen wurde zu 7 323 Dokumenten (72,5 %) vollständig und zu 1 181 Dokumenten (11,7 %) teilweise Zugang gewährt. Der Zugang zu 1 592 Dokumenten (15,8 %) wurde verweigert.

Type of access granted at the initial stage

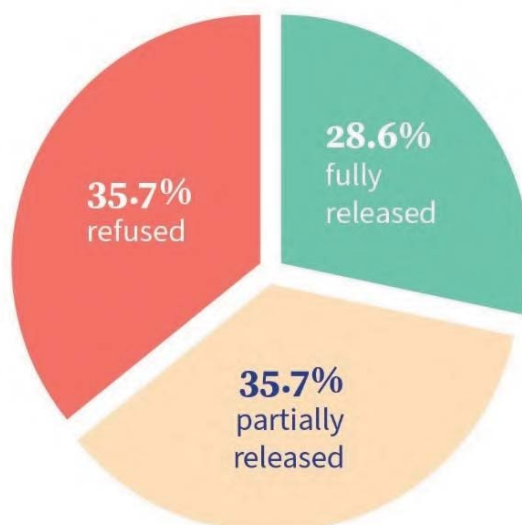
in %



Nach Zweitanträgen wurden 36 Dokumente (28,6 %) vollständig und 45 Dokumente (35,7 %) teilweise freigegeben. Der Rat bestätigte, dass der Zugang zu 45 Dokumenten (35,7 %) verweigert werden sollte.

Type of access granted at the confirmatory stage

in %



Für die Verweigerung des Zugangs herangezogene Ausnahmeregelungen

Bei den Erstanträgen wurde die Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten in erster Linie mit dem Schutz des Entscheidungsprozesses des Rates (267 Dokumente bzw. 31,3 %) oder des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die internationalen Beziehungen (211 Dokumente bzw. 24,7 %) oder mit der öffentlichen Sicherheit (33 Dokumente bzw. 3,9 %) begründet.

In 37,9 % der Fälle (324 Dokumente) wurde der Zugang aufgrund des Zusammentreffens mehrerer Ausnahmeregelungen verweigert. In diesen Fällen wurde der Zugang vornehmlich zum Schutz des öffentlichen Interesses in Bezug auf internationale Beziehungen und den Entscheidungsprozess (52 Dokumente bzw. 16 %) sowie zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, der Verteidigung und militärischer Angelegenheiten sowie der internationalen Beziehungen (46 Dokumente bzw. 14,2 %) verweigert.

Die Kombination aus dem Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft oder eines Mitgliedstaats und dem Entscheidungsprozess des Rates wurde bei 36 Dokumenten (d. h. in 11,1 % der Fälle) angeführt, bei denen mehrere Ausnahmeregelungen galten.

Main exceptions used to refuse access at the initial stage

in %



In fast 40 % der Fälle erfolgte die teilweise Freigabe von Dokumenten aufgrund des Zusammentreffens mehrerer Ausnahmeregelungen.

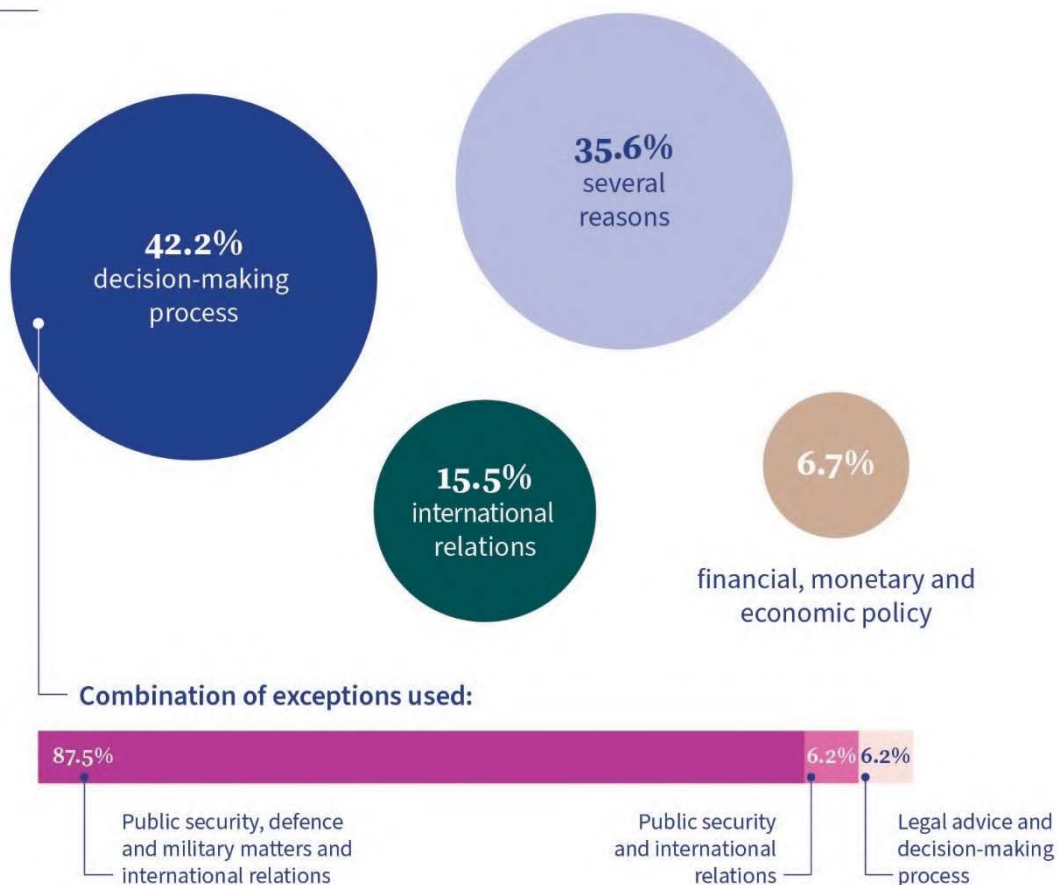
Die Ausnahmeregelungen, die bei einer nur teilweisen Freigabe am häufigsten als Begründung herangezogen wurden, waren der Schutz personenbezogener Daten und der Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf internationale Beziehungen (34,5 % bzw. 15,7 %).

Bei den Zweitanträgen wurde der Zugang zu Dokumenten bei mehr als einem Drittel der Fälle (35,6 %) aufgrund einer Kombination von Ausnahmen vollständig verweigert. Des Weiteren wurde der Zugang vollständig verweigert, um den Entscheidungsprozess (42,2 %) und die internationalen Beziehungen (15,5 %) zu schützen.

Der Zugang zu Dokumenten wurde in 44,4 % der Fälle, hauptsächlich zum Schutz der Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik der EU oder eines Mitgliedstaats, teilweise verweigert.

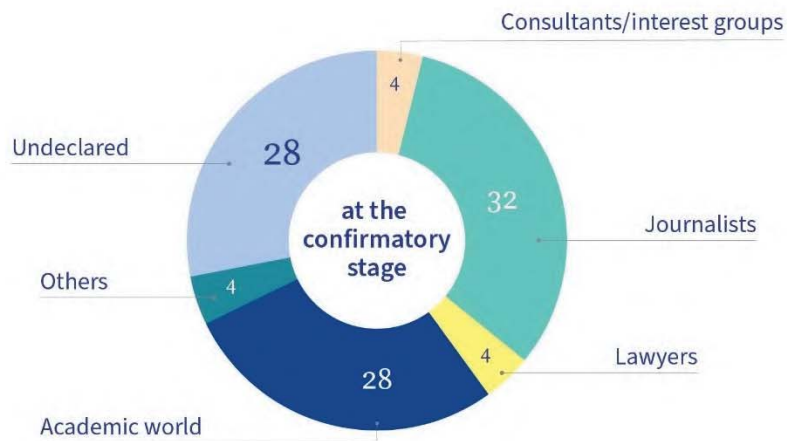
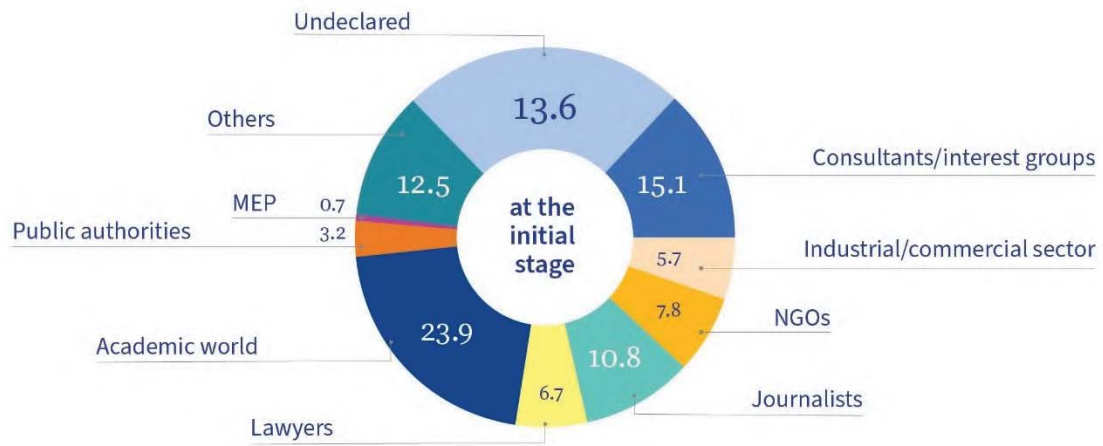
Exceptions used to refuse access at the confirmatory stage

in %



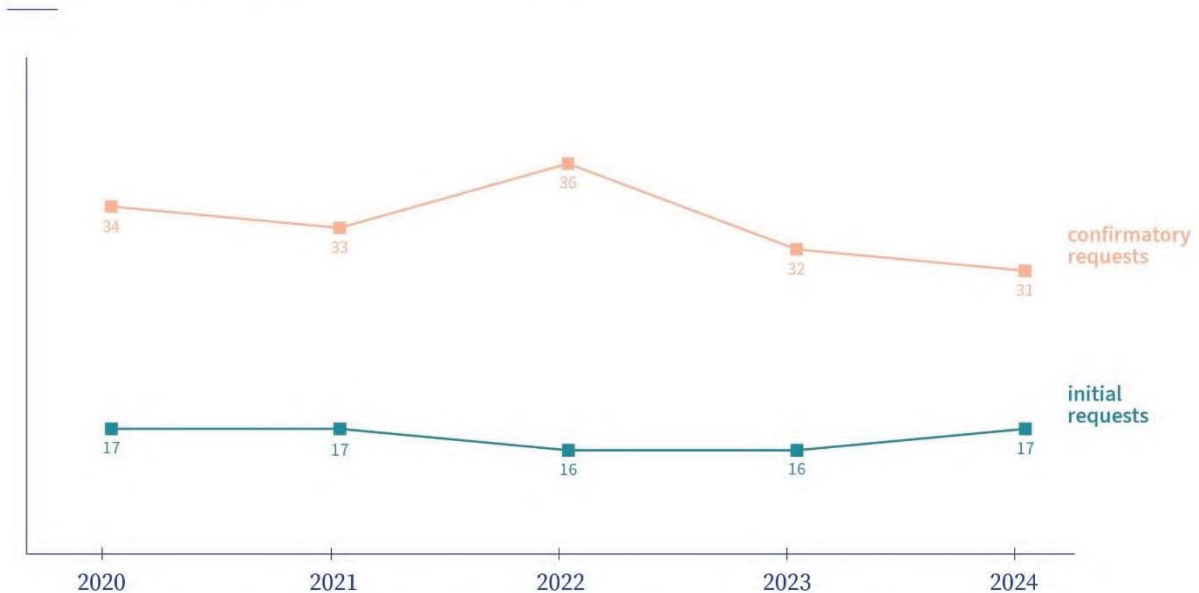
Self-declared professional profile of the applicants in 2024

at the initial and at the confirmatory stage (in %)



Das Generalsekretariat des Rates benötigte durchschnittlich 17 Arbeitstage für die Bearbeitung eines Erstantrags und 31 Arbeitstage für die Bearbeitung eines Zweitantrags.

Average working days for the GSC to process requests
evolution from 2020 to 2024



Die für die Bearbeitung von Erstanträgen vorgesehene Frist von 15 Arbeitstagen wurde bei 975 Anträgen, d. h. in 33,9 % der Fälle, verlängert. Die Frist wurde für alle Zweitanträge verlängert (mit Ausnahme eines zurückgezogenen Antrags).

Den Tabellen in der Anlage sind weitere Einzelheiten zu den Anträgen auf Zugang zu Dokumenten zu entnehmen.

IV. BESCHWERDEN BEI DER EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN, UNTERSUCHUNGEN AUS EIGENER INITIATIVE UND STRATEGISCHE INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN SOWIE KLAGEN VOR GERICHT AUF DEM GEBIET TRANSPARENZ / ZUGANG ZU DOKUMENTEN UND AUSKUNFTSERSUCHEN

1. Beschwerden bei der Europäischen Bürgerbeauftragten

Im Jahr 2024 wurde der Rat über zwei Beschwerden unterrichtet, die im Anschluss an einen an den Rat gerichteten Antrag auf Zugang zu Dokumenten bei der Europäischen Bürgerbeauftragten eingereicht wurden. Nachstehend sind nähere Angaben zu diesen Anträgen zu finden.

Beschwerde 185/2024/SF

Dieser Fall betrifft den im November 2023 gestellten Antrag eines Bürgers auf Zugang zu allen Dokumenten mit Informationen über die Anhörungen Ungarns gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union. Das Generalsekretariat des Rates teilte dem Antragsteller mit, dass alle Dokumente öffentlich zugänglich seien und im öffentlichen Register des Rates heruntergeladen werden könnten. Dem Antragsteller wurde ein Link zum Register zur Verfügung gestellt und erläutert, wie darin gesucht werden kann.

Der Antragsteller reichte einen Zweitantrag ein, indem er vorbrachte, dass es detailliertere Dokumente in Form von Protokollen, Niederschriften, Aufzeichnungen, schriftlichen Stellungnahmen oder handschriftlichen Notizen geben müsse, und ersuchte den Rat, diese zu benennen.

In seiner Antwort vom 17. Januar 2024 bestätigte der Rat, dass er über keine weiteren Dokumente verfügt. Daraufhin reichte der Antragsteller eine Beschwerde bei der Europäischen Bürgerbeauftragten ein.

Nach sorgfältiger Prüfung aller Informationen kam die Bürgerbeauftragte in ihrer Entscheidung vom 20. Februar 2024⁵ zu dem Schluss, dass der Rat dem Antragsteller eine angemessene Antwort gegeben hatte und dass keine ausreichenden Gründe für die Einleitung einer Untersuchung vorlagen.

⁵ Dok. [ST 6844/24](#).

Dieser Fall betrifft eine Beschwerde eines Bürgers, die an die Europäische Bürgerbeauftragte gerichtet wurde, nachdem der Rat beschlossen hatte, nur teilweisen Zugang zu drei Arbeitsdokumenten zu gewähren, die im Rahmen der Prüfung des Vorschlags der Kommission für einen Durchführungsbeschluss des Rates über Maßnahmen zum Schutz des Haushalts der Union vor Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn durch die Vorbereitungsgremien des Rates erstellt wurden.

Die Bürgerbeauftragte leitete im März 2024 eine Untersuchung⁶ in der Angelegenheit ein und prüfte die Dokumente, deren Freigabe teilweise verweigert worden war. Im Verlauf der Untersuchung überprüfte das Untersuchungsteam der Bürgerbeauftragten die betreffenden Dokumente und traf mit Beschäftigten des Generalsekretariats des Rates zusammen, um Klarstellungen zu den Gründen des Rates für die Verweigerung des Zugangs der Öffentlichkeit zu erhalten.

Die Europäische Bürgerbeauftragte hat den Rat am 21. Februar 2025 darüber unterrichtet, dass sie nach ihrer Untersuchung⁷ entschieden habe, dass keine weiteren Untersuchungen gerechtfertigt seien, und dass sie entschieden habe, den Fall zu schließen.

2. Initiativuntersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten OI/4/2023/MIK

Die Europäische Bürgerbeauftragte hat im Oktober 2023 eine Initiativuntersuchung zur Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten eingeleitet.⁸ Die Bürgerbeauftragte ersuchte den Rat insbesondere, ihr statistische Informationen über die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten zu drei Gesetzgebungsdossiers zur Verfügung zu stellen. Das Generalsekretariat des Rates stellte die angeforderten Daten auf der Grundlage der in der Datenbank für den Zugang zu Dokumenten verfügbaren Informationen zusammen und übermittelte der Bürgerbeauftragten am 6. Dezember 2023 eine Antwort⁹.

Mit Schreiben an die Generalsekretärin des Rates vom 20. März 2024¹⁰ ersuchte die Bürgerbeauftragte darum, eine Stichprobe von Beschlüssen des Generalsekretariats des Rates zu prüfen, die alle Erstentscheidungen, in denen entweder ein teilweiser Zugang zu Dokumenten gewährt oder der Zugang verweigert wurde, sowie 15 Entscheidungen, in denen vollständiger Zugang zu allen angeforderten Dokumenten gewährt wurde, umfasst. Der Rat beantwortete dieses Ersuchen am 10. April 2024 und legte die Dokumente zur Prüfung vor.

⁶ Dok. ST 8192/24 INIT und ST 8192/24 ADD 1.

⁷ Dok. [ST 6455/25](#).

⁸ Dok. [ST 13836/23](#).

⁹ Dok. [ST 15494/23](#).

¹⁰ Dok. [ST 8344/24](#).

Die Bürgerbeauftragte erließ ihren Beschluss¹¹ zu dieser Initiativuntersuchung am 3. Dezember 2024. Auf der Grundlage der geprüften Dossiers stellte die Bürgerbeauftragte fest, dass der Rat dem in den EU-Verträgen, der Verordnung 1049/2001 und der einschlägigen Rechtsprechung verankerten Grundsatz der Transparenz der Rechtsetzung nicht in vollem Umfang Rechnung getragen hat. Um den Rat dabei zu unterstützen, seine diesbezüglichen Verfahren zu verbessern, unterbreitete die Bürgerbeauftragte einige Verbesserungsvorschläge und ersuchte den Rat, ihr Büro bis zum 3. Juni 2025 über alle Maßnahmen zu unterrichten, die er in Bezug auf ihre Verbesserungsvorschläge ergriffen hat.

3. Strategische Initiativen der Europäischen Bürgerbeauftragten

SI/3/2024/MIG

Im Anschluss an ihre im Jahr 2019 durchgeführte Untersuchung zum Sponsoring des Vorsitzes des Rates der EU, die die Veröffentlichung von „Leitlinien für bewährte Verfahren in Bezug auf Sponsoring für den Vorsitz“¹² durch das Generalsekretariat des Rates im Juni 2021 zur Folge hatte, ersuchte die Europäische Bürgerbeauftragte die Generalsekretärin des Rates mit Schreiben vom 15. März 2024 um ein Treffen, um Informationen zu den Erfahrungen des Rates mit diesen Leitlinien zu erhalten.¹³

Das Treffen zwischen Vertretern des Generalsekretariats des Rates und Mitgliedern des Büros der Europäischen Bürgerbeauftragten fand am 12. Juni 2024 statt. Die Bürgerbeauftragte übermittelte der Generalsekretärin des Rates am 9. September 2024 einen Abschlussvermerk¹⁴ über die strategische Initiative zum Sponsoring des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union.

In diesem Vermerk forderte die Bürgerbeauftragte den Rat auf, zu prüfen, wie die Leitlinien umgesetzt werden, und äußerte zwei zentrale Bedenken. Bei dem ersten handelte es sich um einen mutmaßlichen Mangel an Transparenz in Bezug auf die Identität der Sponsoren und die genauen Bedingungen jeder Sponsoring-Vereinbarung. Das zweite betraf die Verwendung von Logos des Vorsitzes, die manchmal die EU-Flagge beinhalten können, durch Sponsoren. Solche Verwendungen könnten nach Ansicht der Bürgerbeauftragten in der Öffentlichkeit (die nicht immer zwischen offiziellen Ratstagungen und informellen Veranstaltungen des Vorsitzes unterscheiden kann) Verwirrung hinsichtlich der Beziehung zwischen den Sponsoren und der Europäischen Union stiften und den Ruf des Rates schädigen. Auf dieser Grundlage stellte die Bürgerbeauftragte fest, dass in diesem Bereich nach wie vor Bedenken bestehen, und forderte den Rat auf, bei der nächstmöglichen Gelegenheit im Rahmen der Bestandsaufnahme der Umsetzung der Leitlinien die beste Vorgehensweise dagegen zu prüfen.

¹¹ Dok. [ST 16605/24](#).

¹² Dok. [ST 10325/21](#).

¹³ Dok. [ST 8298/24](#).

¹⁴ Dok. [ST 13263/24](#).

Die Gruppe „Information“ führte am 4. Oktober 2024 einen kurzen Gedankenaustausch über den Vermerk der Bürgerbeauftragten.

4. Rechtssachen

Im Jahr 2024 waren bei den Unionsgerichten drei Rechtssachen anhängig (alle beim Gericht), in denen die Rechtmäßigkeit von Ratsbeschlüssen über die Verweigerung des Zugangs der Öffentlichkeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 angefochten wurde.

In der Rechtssache T-590/23, De Capitani/Rat, beantragte der Kläger, den Beschluss des Rates, den Zugang zu bestimmten Dokumenten zu verweigern, und den „stillschweigenden oder fortwährenden ausdrücklichen Beschluss, legislative Dokumente, zu denen Zugang infolge eines Antrags auf Zugang nach der vorstehend genannten Verordnung 1049/2001 gewährt wurde, nicht unmittelbar im eigenen Register des Rates zu veröffentlichen“, für nichtig zu erklären. Der Kläger macht geltend, dass der Rat die Ausnahme zum Schutz seines Entscheidungsprozesses gemäß Artikel 4 Absatz 3 falsch ausgelegt und angewandt und damit gegen die Verpflichtung zur Transparenz der Rechtsetzung gemäß Artikel 15 Absatz 2 AEUV verstoßen habe. Die Rechtssache ist noch beim Gericht anhängig.

In der Rechtssache T-255/24, Nouwen/Rat, beantragte der Kläger, den Beschluss des Rates, den Zugang zu bestimmten Dokumenten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zu verweigern, für nichtig zu erklären. Der Kläger macht geltend, dass der Antrag auf Zugang unvollständig oder fahrlässig bearbeitet worden sei. Zudem macht der Kläger geltend, dass der Rat die Zugangsverweigerung nicht hinreichend begründet habe und dass die Ausnahmen in Bezug auf die internationalen Beziehungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a dritter Gedankenstrich und die Finanz- oder Wirtschaftspolitik der EU gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a vierter Gedankenstrich falsch angewandt worden seien. Die Rechtssache ist noch beim Gericht anhängig.

In der Rechtssache T-376/24, Daldewolf und EQ/Rat, beantragten die Kläger, den Beschluss des Rates, den Zugang zu bestimmten Dokumenten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 teilweise zu verweigern, für nichtig zu erklären. Die Kläger machen geltend, dass der Rat sich im vorliegenden Fall nicht auf die Ausnahme zum Schutz der internationalen Beziehungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a dritter Gedankenstrich habe berufen können. Zudem machen die Kläger geltend, dass der Rat gegen seine Verpflichtung verstoßen habe, bei seiner Antwort, er verfüge über keine weiteren Dokumente in Bezug auf einen Teil der Anfrage, seine Entscheidung zu begründen. Die Rechtssache ist noch beim Gericht anhängig.

V. VERÖFFENTLICHUNG VON DOKUMENTEN GEMÄß ANHANG II ARTIKEL 11 ABSATZ 6 DER GESCHÄFTSORDNUNG DES RATES

Das Generalsekretariat des Rates veröffentlichte 6 516 vorbereitende Dokumente zu 183 Gesetzgebungsakten, die im Jahr 2024 oder früher erlassen wurden.

VI. ABSTIMMUNGSERGEBNISSE

Im Jahr 2024 bereitete das Generalsekretariat des Rates die Abstimmungsergebnisse zu allen Rechtsakten auf, die im Verlauf des Jahres durch den Rat erlassen wurden (d. h. zu 160 Rechtsakten). Diese Abstimmungsergebnisse sind direkt auf der [Website des Rates](#) abrufbar.

VII. AUSKUNFTSERSUCHEN

Das Generalsekretariat des Rates erhält Auskunftersuchen in den 24 Amtssprachen der EU, und zwar nicht nur von Bürgerinnen und Bürgern der EU, sondern auch aus anderen Teilen der Welt. Diese Ersuchen werden auf unterschiedlichem Wege übermittelt, darunter ein Online-Formular (auf der Website des Rates), E-Mails und Briefe. Die Dienststelle „Information der Öffentlichkeit“ ist für die Beantwortung dieser Auskunftersuchen verantwortlich.

Im Jahr 2024 beantwortete das Generalsekretariat des Rates 6 590 Auskunftersuchen, die wie folgt verteilt waren:

- 6 127 E-Mails (einschließlich über das Online-Formular und per E-Mail),
- 463 Briefe.

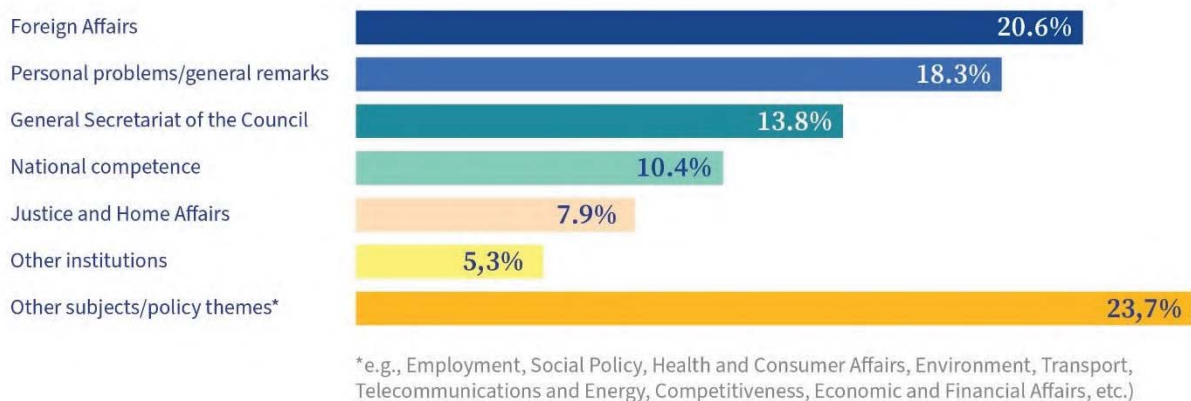
Davon waren 709 Anfragen speziell an den Präsidenten des Europäischen Rates gerichtet. Die Gesamtzahl der Auskunftersuchen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Number of requests for information
evolution from 2020 to 2024



Die beim Generalsekretariat des Rates eingegangenen Ersuchen betrafen verschiedene EU-Politikbereiche und eine Vielzahl anderer Themen. Im Jahr 2024 betrafen diese Ersuchen hauptsächlich folgende Bereiche:

Main policy areas of requests for information in 2024



Außenpolitische Fragen standen 2024 nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses der Bürgerinnen und Bürger. Zu den häufigsten Themen gehörte der Krieg in der Ukraine, insbesondere Ersuchen um anhaltende Unterstützung und Anfragen zu den gegen Russland verhängten Sanktionen. Andere Themen wie die Lage im Nahen Osten und in Georgien standen ebenfalls ganz oben auf der Liste.

Darüber hinaus wandten sich Einzelpersonen und Unternehmen an das Generalsekretariat des Rates, um aktuelle Informationen zu wichtigen politischen Dossiers wie der Verordnung über künstliche Intelligenz, der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen und Umweltmaßnahmen zu erhalten.

Praktische Anfragen

Das Generalsekretariat erhielt auch praktische Anfragen unter anderem zu folgenden Themen:

- Beschaffung persönlicher Dokumente,
- Beantragung eines Europäischen Behindertenausweises und
- Kontaktstellen auf nationaler Ebene zur Lösung persönlicher Probleme.

Anfragen in Bezug auf das Generalsekretariat des Rates

Die Kategorie „Generalsekretariat des Rates“ umfasste Anträge auf

- Autogrammfotos des Präsidenten des Europäischen Rates,
- finanzielle Unterstützung durch den Präsidenten des Europäischen Rates,
- Informationen über Jobangebote und Praktika,
- Kontaktangaben von Beamten.

Unbearbeitete Anträge

Zudem erhält das Generalsekretariat des Rates einige E-Mails und Briefe, die entweder Spam oder unverständlich sind oder – im Falle von Briefen – keine deutliche Kontaktadresse enthalten. Im Jahr 2024 belief sich die Gesamtzahl der Fälle, auf die nicht eingegangen werden konnte, auf 192.

VIII. GELEGENTLICHE TEILNAHME VON DRITTEN, EINSCHLIEßLICH INTERESSENVERTRETERN, AN TAGUNGEN DES RATES ODER SEINER VORBEREITUNGSGREMIEN

Ziffer iv der Leitlinien des Generalsekretärs vom 22. Juli 2021 zu dem oben genannten Thema sieht vor, dass der Jahresbericht des Rates über den Zugang zu Dokumenten einschlägige Informationen über die Teilnahme von Interessenvertretern an Tagungen des Rates oder seiner Vorbereitungsgremien enthalten sollte.

Im Jahr 2024 wurde es 206 Interessenvertretern vom Ausschuss der Ständigen Vertreter gestattet, an einer oder mehr Sitzungen der Vorbereitungsgremien des Rates teilzunehmen. Die Interessenvertreter gehörten zu folgenden Kategorien:

Nichtregierungsorganisationen und Wohltätigkeitsorganisationen	125
Think-Tanks und Hochschulen	26
Verbände und Netze öffentlicher oder gemischter Einrichtungen	18
Gewerbe- und Wirtschaftsverbände	14
Beratungsdienste und Unternehmen	16
Gewerkschaften und Berufsverbände	7

Die Einrichtungen, die an den Sitzungen der Vorbereitungsgremien des Rates teilnehmen dürfen, sind in den Tagesordnungen der einschlägigen Vorbereitungsgremien aufgeführt, die im Register der Ratsdokumente eingesehen werden können.

Darüber hinaus wurden 18 Personen als einzelne Experten oder Personen aus dem akademischen Kreis zu den Sitzungen der Vorbereitungsgremien des Rates eingeladen.

1. Zahl der Erstanträge gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001

2020	2021	2022	2023	2024
2 321	2 083	2 762	3 732	2 872

2. Zahl der in Erstanträgen angeforderten Dokumente

2020	2021	2022	2023	2024
13 382	10 189	10 902	13 912	10 096

3. Vom Generalsekretariat des Rates aufgrund von Erstanträgen freigegebene Dokumente

2020		2021		2022		2023		2024	
11 796		9 011		9 019		12 508		8 504	
teilweis e 542	vollstän dig 11 254	teilweis e 519	vollstän dig 8 492	teilweis e 955	vollstän dig 8 064	teilweis e 1 600	vollstän dig 10 908	teilweis e 1 181	vollstän dig 7 323

4. Zahl der Zweitanträge

2020	2021	2022	2023	2024
26	44	23	40	30

5. Zahl der aufgrund von Zweitanträgen geprüften Dokumente

2020	2021	2022	2023	2024
118	210	163	146	126

6. Vom Rat aufgrund von Zweitanträgen freigegebene Dokumente

2020		2021		2022		2023		2024	
66		113		82		98		81	
teilweis e 31	vollstän dig 35	teilweis e 54	vollstän dig 59	teilweis e 36	vollstän dig 46	teilweis e 45	vollstän dig 53	teilweis e 45	vollstän dig 36

7. Dokumentenfreigabequote während des gesamten Verfahrens (vollständige Freigabe / vollständige + teilweise Freigabe)

2020		2021		2022		2023		2024	
84,4 %	88,6 %	83,9 %	89,5 %	79 %	88,7 %	80 %	92 %	78,3 %	91,3 %

8. Berufsprofil der Antragsteller (Erstanträge)

		2020		2021		2022		2023		2024	
Zivilgesellschaft/ privater Sektor	Berater	7,3 %	20,5 %	6,9 %	20,9 %	10,7 %	28,2 %	11,9 %	30,6 %	10,2 %	28,6 %
	Umweltlobbys	0,2 %		0,2 %		0,1 %		0,3 %		0,1 %	
	Andere Interessengruppen	3 %		3,3 %		4,6 %		5 %		4,8 %	
	Industrie-/Handelssektor	4,7 %		5,2 %		4,9 %		7,4 %		5,7 %	
	NRO	5,3 %		5,3 %		7,9 %		6 %		7,8 %	
Journalisten		6,6 %		5 %		6,8 %		8,1 %		10,8 %	
Anwälte		5,1 %		4,7 %		4,3 %		7,1 %		6,7 %	
Wissenschaft		34,8 %		39 %		33,3 %		22,9 %		23,9 %	
Öffentliche Stellen (Nicht- EU-Institutionen, Vertreter von Drittländern)		4,4 %		2 %		3,2 %		2,2 %		3,2 %	
Mitglieder des Europäischen Parlaments und Assistenten		0,5 %		1,3 %		0,4 %		0,9 %		0,7 %	
Sonstige		13,3 %		15 %		14,1 %		11,9 %		12,5 %	
Keine Angaben		11,8 %		12,5 %		17 %		16,3 %		13,6 %	

9. Berufsprofil der Antragsteller (Zweitanträge)

		2020		2021		2022		2023		2024	
Zivilgesellschaft/ privater Sektor	Berater	4 %	8 %	0 %	6,2 %	0 %	13,7 %	0%	6,4 %	0%	4%
	Umweltlobbys	0 %		0 %		4,6 %		0%		0%	
	Andere Interessengruppen	4 %		0 %		0 %		0%		4 %	
	Industrie-/Handelssektor	0 %		3,1 %		0 %		3,2%		0%	
	NRO	0 %		3,1 %		9,1 %		3,2%		0%	
Journalisten		8 %		18,7 %		4,6 %		12,9 %		32%	
Anwälte		16 %		9,4 %		4,5 %		22,6 %		4%	
Wissenschaft		32 %		25 %		36,4 %		16,1 %		28 %	
Öffentliche Stellen (Nicht- EU-Institutionen, Vertreter von Drittländern)		4 %		0 %		4,5 %		0 %		0%	
Mitglieder des Europäischen Parlaments und Assistenten		8 %		0 %		0 %		0 %		0%	
Sonstige		12 %		9,4 %		4,5 %		9,7 %		4%	
Keine Angaben		12 %		31,3 %		31,8 %		32,3 %		28%	

10. Geografische Herkunft der Antragsteller (Erstanträge)

Land	2020	2021	2022	2023	2024
Belgien	24,7%	28,1 %	30,5%	28,9%	30,9%
Bulgarien	0,5%	0,1 %	0,1%	0,3%	0,3%
Kroatien	0,2%	0,2 %	0,4%	0,4%	0,3%
Tschechische Republik	0,5%	0,7 %	0,5%	0,7%	0,3%
Dänemark	0,9%	1,5 %	1%	0,8%	1,4%
Deutschland	11,5%	12,4 %	11,8%	11,6%	10,3%
Estland	0,1%	0,2 %	0,1%	0,1%	0,2%
Griechenland	1,2%	0,9 %	0,2%	0,5%	0,5%
Spanien	4,2%	4,9 %	4%	3,7%	3,4%
Frankreich	6,5%	7 %	7%	6,1%	6,4%
Irland	10,4%	1 %	0,8%	1,1%	1,7%
Italien	5,9%	5,6 %	3,1%	4,9%	5,5%
Zypern	0,2%	0,3 %	0,2%	0,1%	0,1%
Lettland	0,1%	0,1 %	0%	0%	0,1%
Litauen	0%	0 %	0,1%	0,2%	0%
Luxemburg	0,8%	0,8 %	1,2%	0,8%	0,9%
Ungarn	0,4%	0,1 %	0,3%	0,5%	0,2%
Malta	0%	0,3 %	0,2%	0,1%	0,1%
Niederlande	3,5%	5,6 %	5,4%	5%	4,1%
Österreich	1,2%	1,3 %	1,8%	1,5%	1,9%
Polen	1,2%	1,8 %	1,9%	1,4%	1,5%
Portugal	0,8%	0,8 %	0,9%	0,5%	1,1%
Rumänien	0,5%	0,5 %	0,4%	0,5%	0,4%
Slowenien	0,2%	0,2 %	0,1%	0,1%	0,2%
Slowakei	0,5%	0,6 %	0,2%	0,2%	0,3%
Finnland	1,3%	1,2 %	1,2%	1,1%	0,9%
Schweden	1%	1 %	0,9%	1,7%	1,9%
Vereinigtes Königreich	4,6%	4,4 %	3,4%	2,4%	2,7%
Drittländer	4,9 %	5,5 %	3,1 %	3,1 %	4,4 %
Keine Angaben	12,2%	12,9 %	19,2 %	21,7 %	18 %

11. Geografische Herkunft der Antragsteller (Zweitträge)

Land	2020	2021	2022	2023	2024
Belgien	36%	31,3 %	18,2%	15,6%	36%
Bulgarien	4%	0 %	0%	3,1%	0%
Kroatien	0%	0 %	0%	0%	0%
Tschechische	0%	3,1 %	4,5%	0%	4%
Dänemark	0%	0 %	0%	0%	0%
Deutschland	4%	3,2 %	18,2%	15,6%	4%
Estland	0%	0 %	0%	0%	0%
Griechenland	0%	3,1 %	0%	0%	0%
Spanien	0%	3,1 %	0%	0%	0%
Frankreich	0%	3,1 %	9,1%	6,3%	4%
Irland	4%	0 %	4,6%	3,1%	0%
Italien	8%	3,1 %	0%	0%	4%
Zypern	0%	0 %	0%	0%	4%
Lettland	0%	0 %	0%	0%	0%
Litauen	0%	0 %	0%	0%	0%
Luxemburg	0%	0 %	0%	0%	0%
Ungarn	0%	0 %	0%	6,3%	4%
Malta	0%	0 %	4,5%	0%	0%
Niederlande	16%	12,5 %	4,6%	9,4%	12%
Österreich	0%	3,1 %	0%	3,1%	0%
Polen	0%	0 %	0%	0%	0%
Portugal	4%	3,1 %	0%	0%	0%
Rumänien	0%	0 %	0%	0%	0%
Slowenien	0%	0 %	0%	0%	0%
Slowakei	0%	0 %	0%	0%	0%
Finnland	4%	9,4 %	4,6%	3,1%	4%
Schweden	0%	0 %	0%	0%	0%
Vereinigtes	8%	3,1 %	4,5%	6,3%	0%
Drittländer	8%	0 %	4,5 %	0 %	0 %
Keine Angaben	4%	18,8 %	22,7 %	28,1 %	24 %

12. Politikbereich der angeforderten Dokumente

Politikbereich	2019	2020	2021	2022	2023
Landwirtschaft, Fischerei	4,6%	4,3%	7,8 %	4,7%	8%
Binnenmarkt	2,2%	0,6%	1,6 %	1%	0,2%
Forschung	1,3%	1,9%	2 %	0,5%	0,4%
Kultur	0,3%	0,3%	0,5 %	0,1%	0,1%
Bildung/Jugend	1,3%	1,7%	1,2 %	0,5%	1,2%
Wettbewerbsfähigkeit	1,8 %	1,4%	3 %	9,9%	11,6%
Energie	1,7%	1,6%	1,6 %	4,4%	4,6%
Verkehr	5,4%	4,8%	2,8 %	3,1%	3,8%
Umwelt	5,2%	6,2%	4,9 %	5,9%	8,6%
Gesundheit und Verbraucherschutz	1,6%	2,1%	2,4 %	3,6%	4,2%
Wirtschafts- und Währungspolitik	10,1%	16,7%	14,8 %	10,3%	7%
Steuerfragen	5,6%	4,4%	3,8 %	2,5%	1,9%
Außenbeziehungen – GASP	15,2%	13,1%	12,1 %	13,7 %	9,4%
Katastrophenschutz	0,2%	0,1%	0,1 %	0,1 %	0%
Erweiterung	1,1%	0,6%	0,5 %	0,4%	0,4%
Verteidigung und militärische	1,7%	1,2%	1,1 %	0,6%	0,3%
Entwicklungshilfe	0,1%	0%	0 %	0%	0%
Sozialpolitik	3,5%	2%	2,6 %	3,3%	3,3%
Justiz und Inneres	17,9%	20,4%	17,8 %	18,5%	17,6%
Juristische Fragen	3,7%	2,7%	4,3 %	3%	2,5%
Funktionieren der Institutionen	3%	1,4%	2,5 %	1,3%	1,2%
Finanzierung der Union (Haushalt, Statut)	0,3%	0,3%	0,3 %	0,1%	0,3%
Transparenz	0,7%	0,7%	0,7 %	0,6%	0,3%
Allgemeine politische Fragen	4,6%	6,7%	4,3 %	3,1%	4,1 %
Parlamentarische Anfragen	0,8%	0,2%	0,1 %	0%	0,2 %
Telekommunikation			3 %	6,9%	5,9 %
Verschiedenes	2,6 %	2,6 %	2 %	1,2%	2,2 %
Brexit	3,5 %	2 %	1,9 %	0,7 %	0,7 %

13. Für die Verweigerung des Zugangs herangezogene Ausnahmeregelung (Erstanträge)

Ausnahmeregelungen nach der Verordnung Nr. 1049/2001	2020		2021		2022		2023		2024	
	#	%	#	%	#	%	#	%	#	%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit	72	4,8%	87	8,2 %	78	6,5%	50	4,5%	33	3,9%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Verteidigung und militärische Belange	11	0,7%	4	0,4 %	10	0,8%	7	0,6%	0	0%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die internationalen Beziehungen	233	15,5%	181	17 %	208	17,4%	305	27,4%	211	24,7%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft oder eines Mitgliedstaats	6	0,4%	0	0 %	1	0,1%	4	0,4%	0	0%
Schutz der Privatsphäre und der Integrität des Einzelnen (Schutz personenbezogener Daten)	5	0,3%	10	0,9 %	19	1,6%	7	0,6%	12	1,4%
Schutz der geschäftlichen Interessen einer natürlichen oder juristischen Person, einschließlich des geistigen Eigentums	0	0%	27	2,5 %	2	0,2%	1	0,1%	0	0%
Schutz von Gerichtsverfahren und der Rechtsberatung	9	0,6%	9	0,8 %	9	0,7%	23	2,1%	7	0,8%
Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten	0	0%	0	0 %	0	0%	3	0,3%	0	0%
Schutz des Entscheidungsprozesses des Organs	343	22,8%	223	20,9 %	307	25,6%	327	29,3%	267	31,3%
Mehrere Gründe zugleich	827	54,9%	525	49,3 %	563	47%	387	34,7%	324	37,9%

14. Für die Verweigerung des Zugangs herangezogene Ausnahmeregelung (Zweitträge)

Ausnahmeregelungen nach der Verordnung Nr. 1049/2001	2020		2021		2022		2023		2024	
	#	%	#	%	#	%	#	%	#	%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit	0	0%	0	0 %	0	0%	4	8,3%	0	0%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Verteidigung und militärische Belange	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die internationalen Beziehungen	3	5,8%	33	34 %	55	67,9%	5	10,4%	7	15,5%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft oder eines Mitgliedstaats	0	0%	0	0 %	1	1,2%	2	4,2%	3	6,7%
Schutz der Privatsphäre und der Integrität des Einzelnen (Schutz personenbezogener Daten)	0	0%	0	0 %	2	2,5%	4	8,3%	0	0%
Schutz der geschäftlichen Interessen einer natürlichen oder juristischen Person, einschließlich des geistigen Eigentums	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz von Gerichtsverfahren und der Rechtsberatung	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz des Entscheidungsprozesses des Organs	12	23,1%	13	13,4 %	2	2,5%	3	6,3%	19	42,2%
Mehrere Gründe zugleich oder sonstige Gründe	37	71,1%	51	52,6 %	21	25,9%	30	62,5%	16	35,6%

15. Zur Begründung eines teilweisen Zugangs herangezogene Ausnahmeregelung (Erstanträge)

Ausnahmeregelungen nach der Verordnung Nr. 1049/2001	2020		2021		2022		2023		2024	
	#	%	#	%	#	%	#	%	#	%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit	28	5,2%	24	4,6 %	70	7,3%	67	4,2%	41	3,5%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Verteidigung und militärische Belange	2	0,4%	5	1 %	6	0,6%	3	0,2%	1	0,1%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die internationalen Beziehungen	156	28,8%	65	12,5 %	95	9,9%	214	13,4%	186	15,7%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft oder eines Mitgliedstaats	3	0,5%	1	0,2 %	1	0,1%	42	2,6%	28	2,4%
Schutz der Privatsphäre und der Integrität des Einzelnen (Schutz personenbezogener Daten)	141	26%	168	32,4 %	400	41,9%	727	45,4%	407	34,5%
Schutz der geschäftlichen Interessen einer natürlichen oder juristischen Person, einschließlich des geistigen Eigentums	1	0,2%	3	0,6 %	4	0,4%	0	0%	5	0,4%
Schutz von Gerichtsverfahren und der Rechtsberatung	19	3,5%	38	7,3 %	16	1,7%	28	1,7%	3	0,2%
Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz des Entscheidungsprozesses des Organs	55	10,1%	71	13,7 %	161	16,9%	118	7,4%	43	3,6%
Mehrere Gründe zugleich oder sonstige Gründe	137	25,3%	144	27,7 %	202	21,2%	400	25%	466	39,5%

**16. Zur Begründung eines teilweisen Zugangs herangezogene Ausnahmeregelung
(Zweitträge)**

Ausnahmeregelungen nach der Verordnung Nr. 1049/2001	2020		2021		2022		2023		2024	
	#	%	#	%	#	%	#	%	#	%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit	0	0%	1	1,8 %	0	0%	1	2,3%	0	0%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Verteidigung und militärische Belange	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die internationalen Beziehungen	0	0%	4	7,4 %	24	66,7 %	1	2,2%	6	13,3 %
Schutz des öffentlichen Interesses im Hinblick auf die Finanz-, Währungs- oder Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft oder eines Mitgliedstaats	0	0%	0	0 %	0	0%	1	2,2%	20	44,4 %
Schutz der Privatsphäre und der Integrität des Einzelnen (Schutz personenbezogener Daten)	6	19,4%	5	9,3 %	1	2,8%	37	82,2 %	3	6,7%
Schutz der geschäftlichen Interessen einer natürlichen oder juristischen Person, einschließlich des geistigen Eigentums	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz von Gerichtsverfahren und der Rechtsberatung	0	0%	4	7,4 %	2	5,5%	1	2,2%	0	0%
Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten	0	0%	0	0 %	0	0%	0	0%	0	0%
Schutz des Entscheidungsprozesses des Organs	0	0%	7	13 %	0	0%	0	0%	4	8,9%
Mehrere Gründe zugleich oder sonstige Gründe	25	80,6%	33	61,1 %	9	25%	4	8,9%	12	26,7 %

17. Zahl der zum 31. Dezember jedes Kalenderjahres im öffentlichen Register erfassten Dokumente (in Originalsprache) und Zahl der öffentlich zugänglichen Dokumente

2020		2021		2022		2023		2024	
440 148	313 253 (71,1 %)	460 907	330 434 (71,7 %)	482 786	346 951 (71,9 %)	505 587	364 793 (72,1 %)	527 057	380 637 (72,2 %)

18. Zahl der Dokumente (in Originalsprache), die 2024 in das öffentliche Register aufgenommen wurden

	bei Verteilung öffentlich zugänglich	LIMITE	LIMITE, öffentlich zugänglich auf Antrag	teilweise zugänglich
die Gesetzgebung betreffend	1 979	2 459	1 744	163
nicht die Gesetzgebung betreffend	10 308	8 677	1 994	614

19. Durchschnittliche Zahl der benötigten Arbeitstage für die Antwort auf einen Erstantrag auf Dokumentenzugang und auf einen Zweitantrag

	2020	2021	2022	2023	2024
für Erstanträge ¹⁵	17 (2 321 Anträge)	17 (2 083 Anträge)	16 (2 762 Anträge)	16 (3 732 Anträge)	17 (2 872 Anträge)
für Zweitanträge ¹⁶	34 (26 Zweitanträge)	33 (44 Zweitanträge)	36 (23 Zweitanträge)	33 (40 Zweitanträge)	31 (30 Zweitanträge)
Gewichteter Durchschnitt (Erst- +	17,19	17,34	16,17	16,17	17,14

¹⁵ Diese Zahlen umfassen sowohl die gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 eingereichten Erstanträge als auch die sogenannten „Anträge nach Artikel 6 Absatz 3“.

¹⁶ Zweitanträge werden von der Gruppe „Information“ des Rates und vom Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil) geprüft. Die Antworten an die Antragsteller werden vom Rat angenommen.

20. Zahl der Anträge mit Fristverlängerung – Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 8 Absatz 2

	2020	2021	2022	2023	2024
Erstanträge	776 von 2 321, 33,4 %	623 von 2 083 29,9 %	824 von 2 762, 29,8 %	1248 von 3 732, 33,4 %	975 von 2 872, 33,9 %
Zweitanträge	26 [of 26]	43 [von 44]	23 [of 23]	40 [von 40]	29 [von 30] ¹⁷

¹⁷ Zweitantrag Nr. 27/c/01/24 wurde zurückgezogen.